



Forderungen des NABU

Wir brauchen ein ambitioniertes und vorausschauendes nationales Ordnungsrecht sowie international verbindliche Regeln, die Bürgerinnen und Bürger schützen und die gleichzeitig den Unternehmen ermöglichen, im Einklang mit den natürlichen Ressourcen erfolgreich wirtschaftlich tätig zu sein.

Wer die bisher veröffentlichten Dokumente zu den Freihandelsabkommen liest, erkennt schnell: Konzernvertreter sollen mehr Einfluss auf die Ausgestaltung von Gesetzen und Richtlinien erhalten und ein paralleles Justizsystem soll eingeführt werden, das ausländischen Unternehmen erlaubt, Staaten auf Schadensersatz für entgangene Gewinne durch umweltschützende Gesetze zu verklagen. Das müssen wir verhindern!

Aus all diesen Gründen fordert der NABU einen Stopp der Verhandlungen zu TTIP und spricht sich gegen die Ratifizierung von CETA aus. Die EU, USA und Kanada wie auch alle anderen, am Welthandel beteiligten Staaten, müssen Schutzmaßnahmen für Umwelt und Gesundheit und nicht für Unternehmensgewinne erlassen. Wir benötigen ein faires Handelssystem, das die begrenzten Ressourcen unseres Planeten berücksichtigt und klare Vorgaben für ihren nachhaltigen Umgang macht!

Machen Sie mit!

Es werden immer wieder Entscheidungen anstehen, die uns und unsere Natur betreffen - für die es sich lohnt auf die Straße zu gehen. Machen Sie mit und zeigen Sie mit dem NABU Flagge! Auf der Webseite des NABU unter www.NABU.de/mitmachen werden wir Sie regelmäßig über anstehende Demonstrationen, Petitionen und weitere Aktivitäten auf dem Laufenden halten.

Kontakt

NABU, Charitéstraße 3, 10117 Berlin
Telefon 030.28 49 84-0 | Fax - 20 00
NABU@NABU.de

Infos und aktuelle Termine unter:
www.NABU.de/mitmachen

Spendenkonto

NABU Bundesverband
Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck: Flagge zeigen!
IBAN: DE65 3702 0500 0008 0518 05
BIC-Code: BFSWDE33XXX

Impressum

© 2016, NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.; Charitéstr. 3, 10117 Berlin, www.NABU.de; 2. Auflage September/2016;
Text: Sascha Roth, Stefanie Gendra; Gestaltung: Stefanie Gendra;
Druck: REPRO CENTRAL (Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier)
Bildnachweis: Titel: NABU/E.Neuling; S.2: NABU/E.Neuling;
S.3: flickr/J.Bakker; S.4: Wikimedia/Carschten; S.5 u.6: NABU/E.Neuling

TTIP & CETA stoppen!

Stellungnahme und Forderungen
des NABU



Der NABU zu TTIP und CETA

Seit 2013 verhandeln die Europäische Union mit den USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, kurz TTIP (Transatlantic Trade- and Investment Partnership). Gleichzeitig plant die EU-Kommission das ausverhandelte CETA – Comprehensive and Economic Trade Agreement – noch vor der parlamentarischen Abstimmung darüber in Kraft treten zu lassen. Beide Vertragswerke drohen wichtige Standards im Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz aufzuweichen und zu unterhöhlen.

Umwelt- und Naturschutz werden durch internationale Klageverfahren sehr teuer für die Steuerzahler

CETA sieht ein Internationales Investor-Staat-Klageverfahren vor, während die EU bei TTIP ein eigenes Investitionsgerichtssystem vorsieht. Ausländischen Investoren soll dadurch das Recht eingeräumt werden, gegen Staaten zu klagen, wenn Sie sich enteignet, diskriminiert oder ungerecht behandelt fühlen. Durch die geplanten parallelen Rechtssysteme können Großunternehmen ihre privilegierte wirtschaftliche Stellung weiter ausbauen. Die nationalen Rechtswege werden umgangen und in der Regel sind keine Berufungen geplant. Wird der Staat zu hohen Schadensersatzforderungen verurteilt, müssen die Steuerzahler die Kosten dafür tragen.

Regulatorische Kooperation sorgt für einen Stillstand in der Umweltgesetzgebung

Unter dem Titel Regulatorische Kooperation versteht man ein System zur Abstimmung von Regulierungen beispielsweise in Bereichen wie Verbraucherschutz, Umweltschutz oder bei Arbeitsstandards in Übereinstimmung mit dem Handelsabkommen. Dieser Mechanismus ist insofern kritisch zu betrachten, als dass wichtige, bereits wirksame Regelungen nach der Ratifikation von TTIP und CETA zurückgenommen werden können.

Naturschutzgebiete als Handelshemmnis

Die Fauna-Flora-Habitat (FFH-) und die Vogelschutzrichtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU, Schutzgebiete für eine Vielzahl von wildlebenden Pflanzen- und Tierarten sowie Lebensraumtypen auszuweisen und diese miteinander zu vernetzen. Damit soll die heimische Artenvielfalt bewahrt und dafür Sorge getragen werden, dass sich die Lebensbedingungen hierzulande nicht verschlechtern. Freihandelsabkommen und der damit einhergehende enthemmte Wettbewerb in der Landnutzung können Auflagen und Anzahl der Naturschutzgebiete immer weiter absenken.

Naturverträgliche Landwirtschaft ade!

Die Umwelt und die Artenvielfalt werden durch die Landwirtschaft zunehmend belastet. Artenreiches Grünland geht durch Umbruch und Intensivierung verloren, Fruchtfolgen werden verengt, Ackerflächen werden größer und die Belastung durch Nährstoff-

und Pestizideinträge steigt. Umso mehr bedarf es Mindeststandards, die Boden, Wasser, Klima, Biodiversität und Landschaft schützen. Eine gemeinsame Freihandelszone ohne Zölle wird den Wettbewerb im Agrarsektor und damit auch die genannten Belastungen verstärken. Mit dem Freihandelsabkommen besteht die Gefahr, das Vorsorgeprinzip in der EU aufzuweichen. Ein offenes Tor für mehr Gentechnik, mehr Antibiotikaeinsatz mehr Antibiotikaeinsatz und ein Aus für eine naturnahe Landwirtschaft.

Weitere Demo-Termine

21.01.2016 Wir haben es satt!

Demonstration für eine naturverträgliche Agrarwende in Berlin.

Der NABU fordert eine faire Agrarpolitik, die der gesamten Gesellschaft und nicht vorrangig den Interessen der Agrarlobby verpflichtet ist. Eine zukunftsfähige Agrarpolitik ist heute keine Politik mehr von Bauern für Bauern, sondern muss in erster Linie die Anliegen des Umwelt- und Verbraucherschutzes im Sinne einer echten Gesellschaftspolitik berücksichtigen. Intensivierung und Monotonisierung der Agrarlandschaften sowie der Verlust von artenreichem Grünland in den letzten Jahrzehnten haben zu einem dramatischen Artensterben geführt. Kiebitz, Feldlerche oder Rebhuhn haben bereits auf breiter Front das Feld geräumt. Dem gilt es entgegenzuwirken!